



# Erste Lehren aus der Corona-Krise

## Positionspapier

### 1. Ausgangslage

Innerhalb weniger Wochen hat die Corona-Pandemie unser gewohntes Leben und Arbeiten dramatisch verändert. In dieser Krise zeigt sich einmal mehr, wie wichtig Gewerkschaften sind. ver.di hat sich dafür eingesetzt, Einkommen zu sichern und Entlassungen zu verhindern. Durch Kurzarbeit und deren gewerkschaftspolitische Begleitung konnte bislang Massenarbeitslosigkeit verhindert werden.

Um die Ausbreitung des Virus zu bremsen, verordnete die Bundesregierung einen weitgehenden Stillstand des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens. Nun wird der Stillstand schrittweise aufgehoben. Doch weder ist das Virus verschwunden noch gibt es einen Impfstoff oder ein wirksames Medikament. Partielle Rückschritte sind daher nicht ausgeschlossen und manche Beschränkungen werden uns daher noch länger begleiten.

Der Ausnahmezustand droht für viele Kolleginnen und Kollegen zur Normalität zu werden. Viele Beschäftigte haben Existenzängste, da ihre Betriebe und Einrichtungen noch immer geschlossen sind oder nur sehr eingeschränkt öffnen können. Gleichzeitig arbeiten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in vielen Bereichen, die für die Aufrechterhaltung des Zusammenlebens unabdingbar sind, am Limit und sind zugleich Ansteckungsrisiken ausgesetzt. Darüber hinaus erleben viele Kolleginnen und Kollegen im Homeoffice Fluch und Segen der Digitalisierung unter Bedingungen, die oft alles andere als optimal sind. Hier ist ver.di weiterhin gefordert.

Zahlreiche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie bedeuteten zwangsläufig eine Einschränkung elementarer Grundrechte wie der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit. In Abwägung gesundheitspolitischer Risiken können diese Maßnahmen gerechtfertigt sein. Sie müssen aber klar beschränkt sein und dürfen nur so lange gelten, wie es zur Eindämmung des Corona-Virus unabdingbar ist.

Betriebliche Mobilisierung für tarifpolitische Auseinandersetzungen ist unter diesen Umständen trotz erster Lockerungen aktuell nur eingeschränkt möglich. Dennoch haben wir uns in allen Bereichen mit und für unsere Mitglieder dafür eingesetzt, Belastungen und soziale Härten abzufedern, Sicherheit und Perspektiven zu schaffen sowie Arbeitsbedingungen zu verbessern – gegenüber der Politik auf Bundes- und Landesebene, über Tarifverträge mit den Arbeitgebern und direkt in den Betrieben, Einrichtungen und Verwaltungen. Mit Erfolg: Wir haben für über eine Million Beschäftigte in der Altenpflege eine Prämie von 1500 Euro durchgesetzt, in



vielen Tarifverträgen das Kurzarbeitergeld aufgestockt und eine gesetzliche Erhöhung des Kurzarbeitergeldes durchgesetzt. Da bleiben wir weiter dran – unser Ziel ist es, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit zu erhalten sowie die Beschäftigten weiterhin vor der Verbreitung des Virus zu schützen!

### **Applaus allein reicht nicht – es braucht dauerhafte Verbesserungen**

Die Beschäftigten in den nicht nur in der Krise lebenswichtigen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge und der privaten Dienstleistungen machen eine hervorragende Arbeit. Ihnen ist es zu verdanken, dass aus der Krise keine Katastrophe wurde und die Versorgung der Bevölkerung nicht zusammenbrach. Was sie angesichts der außerordentlichen Belastungen und Risiken allerdings nicht brauchen, sind schlechtere Arbeitsbedingungen durch längere Arbeitszeiten und kürzere Ruhezeiten, wie sie die COVID-19-Arbeitszeitverordnungen erlauben und die manche Arbeitgeber als Modell für eine neue Arbeitswelt sehen. Was diese Beschäftigten stattdessen brauchen, ist ein guter Arbeits- und Gesundheitsschutz. Dass sie jetzt endlich öffentlich wertgeschätzt werden, ist erfreulich. Aber die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Gesundheits- und Pflegesektor, in der Logistik, im Handel, in den sozialen Diensten – und das alles sind nur Beispiele – kurz: Die Menschen, die in der Krise wie auch tagtäglich Außerordentliches leisten, verdienen dauerhaft gute Löhne und Arbeitsbedingungen. Erst Gute Arbeit ermöglicht eine leistungsfähige und nachhaltige gesellschaftliche Infrastruktur. Die Weichen müssen jetzt gestellt werden, dafür setzen wir uns ein.

### **Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz**

Viele Betriebe und Einrichtungen mussten aufgrund der verordneten Maßnahmen schließen und konnten ihre Angebote nicht oder nur sehr eingeschränkt erbringen. Die Bundesregierung hat umfangreiche Hilfen bereitgestellt und auch aufgrund des beharrlichen Einsatzes von ver.di vielfach ausgeweitet, um wirtschaftliche Notlagen abzuwenden oder zumindest abzumildern. Trotz der schrittweisen Lockerungen nimmt jedoch der wirtschaftliche Druck in einigen Bereichen zu. Viele Betriebe können ihre Kapazitäten aufgrund des Pandemieschutzes nur eingeschränkt nutzen und ein Großteil der Unternehmen kann entgangene Umsätze nicht einfach nachholen. In anderen Firmen stockt die Produktion, da sie Teil internationaler Lieferketten und Wertschöpfungsnetze sind, die längst noch nicht wieder funktionieren. Statt einer raschen, V-förmigen Erholung sehen daher zahlreiche Branchen und Unternehmen einer unsicheren Zukunft entgegen. Existenzen und Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Diese Risiken dürfen nicht auf dem Rücken der Erwerbstätigen abgeladen werden, die sie nicht verschuldet haben. ver.di setzt sich daher mit aller Kraft für den Erhalt jedes Arbeitsplatzes und, wo nötig, für die Schaffung alternativer und attraktiver Beschäftigung ein. Neben staatlichen Hilfen für besonders betroffene Unternehmen fordert ver.di daher ein umfangreiches, über das im Juni vorgelegte Konjunkturpaket hinausgehendes, Konjunktur- und



Investitionsprogramm, das zugleich den Sozialstaat ausbaut, die Daseinsvorsorge stärkt und die sozial-ökologische Transformation voranbringt.

## **2. Handlungsfähigkeit und Zukunft des Sozialstaats**

Unser Sozialstaat hat sich in der Krise bewährt. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik hat bislang Massenarbeitslosigkeit verhindert. Die sozialen Sicherungssysteme konnten Millionen Menschen davor bewahren, in den Armutskeller stürzen. Die Daseinsvorsorge hat die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Grundgütern und Dienstleistungen sichergestellt.

Gleichzeitig hat jedoch die Krise auch die Grenzen einer unterfinanzierten öffentlichen Daseinsvorsorge und die Lücken der sozialen Sicherungssysteme aufgezeigt.

Was bedeutet das für die Zukunft unseres Sozialstaats? Wir stehen in den nächsten Monaten vor einer politischen Richtungsentscheidung. Arbeitgeberverbände, wirtschaftsliberale Ökonomen sowie konservative und liberale Politiker nehmen die krisenbedingten Haushaltsdefizite zum Anlass, eine Kürzung der Sozialausgaben und somit einen Rückbau des Sozialstaats zu fordern. Die Mehrheit der Bevölkerung braucht aber nicht weniger, sondern mehr Sozialstaat. Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, wo dringend nachgebessert werden muss: Bei der Daseinsvorsorge, auf dem Arbeitsmarkt und bei der sozialen Sicherung.

### **Daseinsvorsorge**

Die wirtschaftliche Entwicklung und der soziale Zusammenhalt unseres Landes sind abhängig vom Zustand der Daseinsvorsorge, der öffentlichen Güter und der sozialen Infrastruktur. Die Corona-Pandemie legt schon länger bestehende Defizite der Daseinsvorsorge offen. In den letzten Jahrzehnten hat eine Politik der Entstaatlichung öffentliche Güter wie Gesundheit, Mobilität, Bildung, Betreuung und Wohnen zunehmend in Waren verwandelt. Deren Erbringung folgt vielfach nicht mehr gesellschaftlichen Zielen und Bedürfnissen, sondern privaten Profitinteressen. Die Beschäftigten der kritischen Infrastrukturen bekommen im Schnitt bis zu 20 Prozent weniger Gehalt als Arbeitskräfte, die in anderen Wirtschaftssektoren arbeiten. Wobei in gewerkschaftlich gut organisierten und tarifgebundenen Bereichen wie der Telekommunikation oder der Energieerzeugung deutlich höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen vorherrschen als in der Altenpflege und im Einzelhandel. Dort sind starke körperliche und psychische Belastungen, Überstunden und geringe Wertschätzung an der Tagesordnung. Denn viele Bereiche der Daseinsvorsorge leiden unter Personalmangel und Investitionsstau und sind chronisch unterfinanziert.

Krankenpflegerinnen, Ärztinnen und viele andere Beschäftigte im Gesundheitswesen haben in der Krise viele Menschenleben gerettet. Innerhalb kurzer Zeit konnte die



Zahl der Intensivbetten aufgestockt werden. Die herausragende Leistung der Beschäftigten in den Kliniken darf aber nicht den Blick auf die Defizite verstellen. In den letzten Jahrzehnten verschlechterte die Ökonomisierung des Gesundheitswesens die Versorgungsqualität und die Arbeitsbedingungen. In der Corona-Krise fehlten anfangs Beatmungsgeräte, Pflegepersonal, Schutzkleidung und Desinfektionsmittel, da Reserven abgebaut wurden. In den Kliniken mangelt es seit Jahren an Personal und notwendige Investitionen unterbleiben. Die gewinnmaximierende Produktionsverlagerung medizinischer Güter ins Ausland und just-in-time-Lieferketten führen zu Engpässen bei Verbrauchsmaterialien und Medikamenten.

Busfahrer, Straßenbahnfahrerinnen, Beschäftigte in den Werkstätten und Kundenbetreuerinnen brachten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in Corona-Zeiten sicher zum Arbeitsplatz. Weniger Fahrgäste ließen allerdings die Einnahmen der Verkehrsbetriebe bei unveränderten Fixkosten wegbrechen. Der geschätzte Verlust beläuft sich für 2020 auf bis zu sieben Milliarden Euro. Dadurch verschärft sich die wirtschaftliche Lage eines bereits unterfinanzierten ÖPNV. In den letzten Jahren führten Kommerzialisierung und Kürzungen im öffentlichen Nahverkehr in vielen Städten und Gemeinden zu einer unattraktiven Taktung, schlechten Umsteigemöglichkeiten, niedrigen Umweltstandards, geringer Barrierefreiheit und nicht sozialverträglichen Tarifen. In den letzten zwei Jahrzehnten wurde in den Verkehrsunternehmen jede fünfte Stelle abgebaut. Diese Entwicklung blockiert auch die klimapolitisch notwendige Verkehrswende.

Während der Pandemie versorgten die Beschäftigten im Handel die Bevölkerung zuverlässig mit lebenswichtigen Gütern. Seit Jahren verschlechtern sich aber die Arbeitsbedingungen in vielen Bereichen des Handels. Viele Unternehmen drückten die Löhne und schufen prekäre Jobs, wobei meist Frauen die Leidtragenden waren. Die Tarifbindung schrumpfte. Internationale Lieferketten, die organisiert wurden, um Arbeitskosten zu senken, führten weltweit vielfach zu schlechten Arbeitsbedingungen, Menschenrechtsverletzungen und hohen Umweltbelastungen.

Kitas und Schulen mussten in der Corona-Krise schließen. Der Ausfall des Präsenzunterrichtes verschlechterte die Bildungschancen und schränkte die Sozialräume von Kindern aus sozial benachteiligten Familien ein. Eigenverantwortliches Lernen und Homeschooling sind nicht voraussetzungslos. Nach dem Shutdown fehlen Erzieherinnen und Lehrer, um die Kinder und Jugendlichen in Kleingruppen zu unterrichten – auch, weil es bereits vor der Krise bei Kitas und Schulen einen eklatanten Fachkräftemangel gab. Darunter litt die Qualität der Betreuung und des Unterrichts.

Die Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit und der Verwaltung – dem „Sicherheitsnetz der Gesellschaft“ – sorgten in der Krise dafür, dass Kurzarbeitern, Selbstständigen und Arbeitslosen schnell geholfen werden konnte. In der öffentlichen



Verwaltung gab es jedoch schon vor der Krise zu wenig Personal, was Belastungssituationen in der Krise außerordentlich verschärft hat.

Doch damit nicht genug. Die krisenbedingten Steuerausfälle und Mehrausgaben der Städte und Gemeinden bedrohen deren Handlungsfähigkeit und somit auch die öffentliche Daseinsvorsorge. Die Kommunen gewährleisten die Kinder- und Jugendhilfe, die soziale Fürsorge, den Wohnungsbau, viele Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Schulen, Kitas, Altenpflege und den öffentlichen Personennahverkehr. In vielen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge drohen aufgrund der aktuellen Finanznot Kürzungen. Dabei geht es um viele Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen. Allein in der freien Wohlfahrt arbeiten mehr als 1,4 Millionen Menschen. Eine zentrale Lehre aus der Corona-Krise muss eine Aufwertung der Daseinsvorsorge, der öffentlichen Güter und der sozialen Infrastrukturen sein.

- Der Solidarpakt für Kommunen, mit dem Bund und Länder Gewerbesteuer ausfällen ausgleichen und der Bund einen höheren Anteil der Kosten der Unterkunft von Grundsicherungsbeziehern übernimmt, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber wir brauchen eine dauerhafte Absicherung für Kommunen, über die Investitionstätigkeiten deutlich gestärkt und die Altschuldenbelastung für überschuldete Kommunen abgemildert werden. Auch die Sofortprogramme von Bund und Ländern für den ÖPNV sowie die Kulturwirtschaft gehen in die richtige Richtung, sichern aber noch keine dauerhafte Stabilität.
- Gesundheit ist keine Ware. Die Versorgungsqualität muss im Mittelpunkt – auch der Finanzierung – des Gesundheitssystems stehen. Das Gesundheitssystem muss finanziell und personell besser ausgestattet werden. Das betrifft die bedarfsgerechte Personalbemessung per Gesetz ebenso wie die ausreichende Finanzierung der Investitionskosten. Zudem muss das Fallpauschalensystem überwunden werden. Pandemiepläne sollten verpflichtend und das Vorhandensein der zu ihrer Umsetzung nötigen Ressourcen regelmäßig überprüft werden.
- Neben dem Ausgleich der coronabedingten Einnahmeeinbrüche beim ÖPNV, der durch die Anhebung der Regionalisierungsmittel durch den Bund teilweise erfolgt, muss der öffentliche Nahverkehr auch zügig ausgebaut werden. Der Fuhrpark und die Infrastruktur müssen erweitert und modernisiert sowie mehr Personal eingestellt werden. Die Beförderungskapazität des ÖPNV sollte perspektivisch verdoppelt werden.
- Im Handel brauchen wir Tarifverträge für alle, d.h. allgemeinverbindliche Tarifverträge für die gesamte Branche. Wir brauchen gesundheits- und



familienfreundliche Arbeitszeiten. Ein Lieferkettengesetz muss die Unternehmen dazu verpflichten bei ihren Zulieferern für menschenwürdige Arbeitsbedingungen sorgen.

- Die frühkindliche Erziehung, Bildung und Betreuung ist unterfinanziert und es fehlt an Fachkräften. Dabei ist gute und inklusive Bildung für alle von Anfang an eine der wichtigsten Investitionen in die Zukunft des Landes und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb brauchen wir mehr Investitionen in Personal und Ausstattung sowie bessere Personalschlüssel. Auch Altenpflege und Behindertenhilfe müssen personell besser ausgestattet und die Arbeit dort muss aufgewertet werden.
- In einzelnen Bereichen der öffentlichen Verwaltung (Gesundheitsämter, Zoll, Bauämter, etc.), wo es erkennbar personelle, strukturelle oder finanzielle Defizite gibt, muss die Politik endlich handeln. Aufsichtsbehörden für den Arbeits- und Gesundheitsschutz müssen so ausgestattet werden, dass sie die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften effektiv kontrollieren können. Der öffentliche Dienst braucht attraktive Arbeitsbedingungen.

## **Arbeitsmarkt**

Auf entsicherten Arbeitsmärkten trifft eine wirtschaftliche Krise Geringverdienende und prekär Beschäftigte mit voller Wucht. Hierzulande wuchs in den letzten drei Jahrzehnten der Niedriglohnsektor, atypische und prekäre Beschäftigung haben stark zugenommen. Nur noch jede und jeder zweite Beschäftigte wird heute noch durch einen Tarifvertrag geschützt. Folglich gehörten Geringverdienende, Minijobber, Leiharbeiterinnen, Teilzeitbeschäftigte, Werkvertragsnehmer und Soloselbständige zu den ersten Opfern der Krise. Ebenso stark betroffen sind Studierende. Sie mussten starke Einkommenseinbußen hinnehmen, viele verloren ihren Arbeitsplatz.

Die Konflikte zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften werden sich nach der Krise verschärfen. Dabei geht es um die Verteilung von Einkommen und Arbeitszeit, aber auch um Arbeits- und Gesundheitsschutz, Aus- und Weiterbildung sowie um betriebliche Mitbestimmung. Unser betriebs-, tarif- und gesellschaftspolitisches Engagement für Gute Arbeit ist aktueller denn je. Notwendig ist unter anderem Folgendes:

- Das Tarifvertragssystem muss auch gesetzlich gestärkt werden. Wir fordern die zwingende Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen, eine kollektive Nachwirkung von Tarifverträgen sowie eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeit.



- Eine Re-Regulierung des Arbeitsmarktes: Überwindung von Minijobs, Verhinderung des Missbrauchs von Werkverträgen und die Eindämmung von Leiharbeit.
- Eine Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro. Der gesetzliche Mindestlohn muss existenzsichernd sein.

## Soziale Sicherung

Der Shutdown offenbart große Versorgungslücken in unseren sozialen Sicherungssystemen. Sie schützen zahlreiche Bevölkerungsgruppen nicht ausreichend vor Armut und sichern nicht mehr ihren Lebensstandard. Die Risiken einer veränderten Arbeits- und Lebenswelt werden kaum abgesichert. Besonders hart trifft es all jene, die in Niedriglohnssektoren oder unsicheren Arbeitsverhältnissen arbeiten – ganz zu schweigen von den Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind. Besonders betroffen sind Frauen, da sie oftmals in Teilzeit oder Minijobs arbeiten und die Mehrheit der Beschäftigten in niedrig entlohten Tätigkeiten – meist Dienstleistungsberufe – stellen. Zudem sind es Frauen, die wegen Betreuungs- oder Pflegeverpflichtungen eher zu Hause bleiben, Arbeitszeiten reduzieren und damit Lohneinbußen und Nachteile im Beruf riskieren.

Beschäftigte in Niedriglohnssektoren oder in Teilzeit können mit einem Kurzarbeitergeld von 60 Prozent ihren Lebensunterhalt nicht gestalten. Minijobberinnen können kein Kurzarbeitergeld beziehen, weil ihre Arbeitgeber nicht für sie in die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Viele Beschäftigte, die in absehbarer Zeit arbeitslos werden, rutschen ins Grundsicherungssystem ab. Soloselbstständigen brechen Aufträge und Einkommen weg. Sie haben aber keinen Anspruch auf Absicherung ihres Lebensunterhalts über die Grundsicherung hinaus. Auszubildende verlieren ihren Ausbildungsplatz und Studierende, deren Nebenjob jetzt wegfällt, haben keinen Zugang zum Bafög. Nur noch 13 Prozent der Studierenden erhält heute noch Bafög; die Funktion, mehr Bildungschancen zu ermöglichen, erfüllt das Bafög schon lange nicht mehr. Diese Sicherungslücken müssen geschlossen werden. Wir brauchen eine armutsfeste soziale Sicherung:

- Das Kurzarbeitergeld muss für die Zeit der Krise auf 90 bzw. 97 Prozent für Bezieher von Nettoeinkommen unter 2500 Euro aufgestockt werden. Für alle anderen Einkommen muss das KuG auf 80 bzw. 87 Prozent erhöht werden. Bei Auszubildenden sollte eine Aufstockung auf 100 Prozent erfolgen.
- Wir brauchen einen Schutzschirm für Auszubildende und Studierende. Der Zugang zum Bafög muss erleichtert und die Bedarfssätze müssen erhöht werden.
- Die Soloselbstständigen benötigen bundesweit einheitlich Zugriff auf die Soforthilfen des Bundes. Zudem müssen sie in die sozialen



Sicherungssysteme, v.a. die gesetzliche Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung, einbezogen werden.

- Die Mehrbedarfspauschale in der Grundsicherung muss um 100 Euro monatlich angehoben werden. Dies unbeschadet der grundsätzlichen Überprüfung ihrer Angemessenheit. Zudem braucht es eine Einmalzahlung von 200 Euro, um die drängendsten Bedarfe abzudecken.
- Die krisenbedingten Zusatzkosten der Sozialversicherungszweige müssen, wie nun auch geplant, jetzt einmalig vom Bund übernommen werden. Eine dauerhafte Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge auf dem Niveau von 40% lehnen wir ab. Wir halten Beitragsobergrenzen sozialpolitisch grundsätzlich für falsch.

Neben diesen Sofortmaßnahmen sind wir der festen Überzeugung, dass es in der Arbeitslosenversicherung wieder einer höheren Lohnersatzrate, einer längeren Bezugsdauer und eines Qualifikationsschutzes bedarf. Zudem treten wir dafür ein, dass eine Bürgerversicherung (Krankheit und Pflege) sowie eine Erwerbstätigenversicherung (Rente) eingeführt wird. Auch sichern die Leistungsniveaus in der Grundsicherung keine ausreichende politische, kulturelle oder materielle Teilhabe der Betroffenen.

### **3. Sozial-ökologischer Umbau**

In der Krise schlägt die Stunde des handlungsfähigen Staates. Dieser wird zum Krisenmanager und Lebensretter. Nachdem zunächst einige Unternehmen gerettet, Arbeitsplätze weitgehend gesichert und Einkommen stabilisiert wurden, soll nun die Wirtschaft mit einem Konjunktur- und Investitionsprogramm angekurbelt werden. Diese öffentliche Investitionsoffensive muss die Zukunft sozial gerecht, ökologisch und ökonomisch vernünftig gestalten. Wir müssen den notwendigen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft weiter vorantreiben.

Aus ver.di-Sicht spielt der Ausbau der Daseinsvorsorge dabei eine zentrale Rolle. Im Gesundheits-, Sozial-, Bildungs-, Kultur- und Wohnungsbaubereich gibt es große ungedeckte gesellschaftliche Bedarfe, die einen Personalaufbau und eine Aufwertung der Berufe erforderlich machen. Private und öffentliche Dienstleistungen verbrauchen weniger Energie und Ressourcen als die industrielle Produktion und verbessern gleichzeitig die Lebensqualität großer Bevölkerungsgruppen. Darüber hinaus können umfangreiche Investitionen in Energie, Wohnen, Bildung, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Verwaltungsgebäude, Verkehrsinfrastruktur und Hochgeschwindigkeits-Internetleitungen den ökologischen Umbau fördern.

Eine zentrale Herausforderung des sozial-ökologischen Umbaus besteht darin, die Verkehrs-, Energie- und Agrarwende ökonomisch vernünftig und sozialverträglich zu





gestalten. Dafür brauchen wir jetzt eine große grüne und soziale Investitionsoffensive, einen Green New Deal.

Für eine grüne Verkehrswende muss der Staat kräftig in den öffentlichen Nah- und Fernverkehr investieren. Der Verkehr sollte von Luft und Straße auf die Schiene verlagert werden. Wir wollen die Beförderungskapazität des ÖPNV perspektivisch verdoppeln.

Die Energiewende muss durch mehr Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Solaranlagenzwang auf allen geeigneten Dächern, weitere Flächen für Windkraftanlagen, den Aus- und Umbau der Stromnetze sowie mehr Strom- und Wärmespeicher vorangetrieben werden. Auch muss verstärkt in Energieeffizienz und Energieeinsparung investiert werden.

Die internationalen Wertschöpfungsketten und Handelsströme müssen sozial und ökologisch nachhaltig gestaltet werden. Zudem hat die Krise gezeigt, dass eine ausreichende Versorgung mit wichtigen medizinischen Gütern wie beispielsweise Schutzanzügen, Masken, Medikamenten und Impfstoffen ausreichende eigenständige Produktionskapazitäten in Europa voraussetzt.

Ein solcher Green New Deal darf keine soziale Schieflage produzieren. Unsere gewerkschaftliche Aufgabe ist es, betriebs- und tarifpolitisch dafür zu sorgen, dass die ökologische Transformation einhergeht mit mehr Guter Arbeit und sozialer Sicherheit und auch geschlechtergerecht erfolgt. Die Politik muss zusätzliche Belastungen für untere und mittlere Einkommensbezieher sowie sozial Benachteiligte ausgleichen. Eine Verteuerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs – z.B. durch höhere Strom-, Öl-, Gas-, und Benzinpreise – darf nicht zu einer spürbar höheren Belastung für Gering- und Normalverdienerinnen führen. Bezahlt werden muss die sozial-ökologische Transformation von finanzstarken Unternehmen und Einkommensgruppen mit großem ökologischen Fußabdruck.

#### **4. Digitalisierung**

Die digitale Transformation wird durch die Pandemie gerade in vielen Bereichen massiv beschleunigt: Viele Menschen finden sich jetzt plötzlich über Wochen im Homeoffice wieder, arbeiten neben der Betreuung von Kindern, Versorgung von Angehörigen und Haushalt mit Laptop, Smartphone, Videokonferenzen, gemeinsamer Dokumenten-Bearbeitung im Netz etc. Vor der Krise haben rund vier Prozent der Beschäftigten überwiegend zu Hause gearbeitet, Mitte April waren es 27 Prozent. Die Bedingungen sind allerdings alles andere als optimal. Etwa 31 Prozent der Beschäftigten im Homeoffice empfinden ihre Arbeitssituation als äußerst stark belastend oder stark belastend. In der Krise erfolgte die Umstellung aufs Homeoffice meist sehr plötzlich, die Unternehmen waren nicht vorbereitet, betriebliche Regeln und angemessene Ausstattung fehlten häufig. Geschlossene Kitas und Schulen



erforderten oft eine stärkere Einbindung in die Betreuung und Unterrichtung des Nachwuchses und bedeuteten statt Vereinbarkeit von Familie und Beruf den Zwang zur simultanen Bewältigung von beidem am gleichen Ort. Schließlich war für viele das Homeoffice keine selbstgewählte zeitweilige Option, sondern ein zwangsweiser wochenlanger Dauerzustand – entgegen allen arbeitswissenschaftlichen Empfehlungen.

Die Krise zeigt, dass Homeoffice überkommene Geschlechterrollen befördern kann. Bereits zuvor leisteten Frauen zwei Drittel der Sorgearbeit – weshalb sie oftmals der Erwerbsarbeit in Teilzeit nachgehen, mit allen Folgen, die das für ihre soziale Sicherung mit sich bringt. In der Krise verschärft sich diese Doppelbelastung der Frauen, da sie im Homeoffice im Vergleich zu Männern deutlich mehr Zeit für Sorgearbeit aufwenden. Wenn beide Partner im Homeoffice arbeiten, übernehmen die Frauen einen noch größeren Anteil der Sorgearbeit, während Männer eher mehr Überstunden machen. Dies gilt bei geringverdienenden Paaren noch stärker als bei besserverdienenden. Das gilt es bei der Einführung von Homeoffice zu berücksichtigen und durch gesetzliche Rahmenbedingungen möglichst zu verhindern.

In der Krise wird deutlich, dass es an klaren gesetzlichen Regeln wie einem Recht auf freiwilliges Homeoffice oder auf mobiles Arbeiten auch für normale Zeiten mangelt: ein verbindlicher Rahmen für betriebliche Mitbestimmung, Ansprüche, Pflichten, Arbeits- und Gesundheitsschutz inkl. Nicht-Erreichbarkeit und einen effektiven Schutz von Daten und Persönlichkeitsrechten, der auch Gleichbehandlung fördert und neuen Spaltungen entgegenwirkt.

- Auch im Homeoffice und bei mobiler Arbeit ist Arbeits- und Gesundheitsschutz notwendig. Ein gesetzlicher Rahmen für Ergonomiestandards und erhöhten Pausenbedarf bei besonders belastenden Tätigkeiten wie Telefon- und Videokonferenzen sollte hier für den erforderlichen Schutz der Beschäftigten sorgen. Und da der informelle Austausch eine wichtige Ressource zur Stressbewältigung darstellt, sollten Beschäftigte auch im freiwilligen Homeoffice bzw. bei mobilem Arbeiten das Recht haben, ohne unmittelbaren dienstlichen Anlass miteinander zu kommunizieren.
- Wenn von zuhause aus mit Telefon- und Videokonferenzen gearbeitet wird, erfordert das einen besonders sorgfältigen Schutz der Persönlichkeitsrechte, denn darüber wird ein Zugang in die Privatsphäre von Beschäftigten ermöglicht – wie auch eine noch lückenlosere Leistungs- und Verhaltenskontrolle, wenn praktisch nur noch digital gearbeitet wird. Viele Betriebs- und Dienstvereinbarungen bieten dazu schon gute Regelungen, die allerdings durch ein explizites Mitbestimmungsrecht beim Datenschutz gestärkt würden. Mit einem Recht auf freiwilliges Homeoffice bzw. mobiler



Arbeit sollten die Schutzrechte zudem für alle Beschäftigten ausgeweitet werden.

- Die arbeitsmedizinisch begründete tägliche Höchstarbeitszeit von acht Stunden muss in jedem Fall auch im heimischen Büro gelten. Eine gesetzliche Klarstellung zur Einhaltung der Arbeitszeit im Homeoffice bzw. bei mobiler Arbeit inklusive des Rechts auf Nicht-Erreichbarkeit außerhalb der vertraglich vereinbarten Arbeitszeiten wäre ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Rechte von Beschäftigten – während und auch nach der Krise.

Allerdings fehlt es vielfach auch an Angeboten sowohl auf Hardware- als auch auf Softwareebene, die den Anforderungen an eine sichere und vertrauliche Kommunikation genügen und Abhängigkeiten von privaten Tech-Konzernen vermeiden. Technisch sind Angebote aus den USA und China europäischen Alternativen oft überlegen, vertraglich zugesicherte Datensicherheits- und Datenschutzstandards sind jedoch schwer überprüfbar und im Falle ihrer nachweislichen Missachtung trotz DSGVO auch nur schwer einklagbar. Hier besteht Nachbesserungsbedarf, sowohl in der Bundesrepublik als auch auf europäischer Ebene. Erforderlich sind Alternativen, die sowohl in technischer als auch in rechtlicher Hinsicht den Anforderungen an eine öffentliche Infrastruktur genügen und dabei zugleich Vertraulichkeit, Datenschutz- und Datensicherheit auf höchstem Niveau wie auch unkomplizierte Zugänglichkeit und hohes Leistungsniveau gewährleisten.

Ein grelles Schlaglicht hat die Pandemie auch auf die Defizite der Digitalisierung im öffentlichen Sektor inkl. der Schulen geworfen. Es fehlt sowohl an materieller digitaler Ausstattung als auch an gemeinsamen Standards auf hohem datensicherheits- und datenschutzrechtlichem Niveau mit ausreichender Nutzerergonomie und Funktionalität für alle Beteiligten. In der Krise wurde auch deutlich, dass es an Konzepten und einer ausreichenden Ausstattung und Unterstützung insbesondere für geringe und mittlere Einkommenshaushalte mangelt, die einer Verstärkung von Bildungs- und damit sozialer Ungleichheit durch Homeschooling entgegenwirken. Ebenso fehlt es an ausreichenden Fort-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsangeboten für das Personal und an qualifizierten Fachkräften in den Einrichtungen und Verwaltungen. Der Nachholbedarf ist immens, und er wird sich erfolgreich nur bewältigen lassen, wenn die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen von Anfang an umfassend in die Gestaltung und Umsetzung einbezogen werden und mitgestalten. Das erfordert auch ein Zugangsrecht von Gewerkschaften zum „virtuellen Betrieb“: das Recht, auf allen vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellten Kanälen Beschäftigte zu kontaktieren und die Organisation gemeinsamer Interessen zu ermöglichen. In der digitalen Transformation der Arbeitswelt müssen die Beschäftigten an den digitalen Möglichkeiten umfassend teilhaben und vor Risiken geschützt werden. ver.di hat zur Gestaltung der Digitalisierung bereits vor der Krise gute Tarifverträge abgeschlossen, wie z.B. bei



Eurogate, dem größten Containerterminalbetreiber in Deutschland, oder der Telekom. Jüngst hat ver.di Verhandlungen zu einem Tarifvertrag Digitalisierung mit dem Bund aufgenommen, in dem in einem ersten Schritt Vereinbarungen zu Beschäftigungssicherung, Qualifizierung und mobilem Arbeiten getroffen werden sollen. Eine tarifvertragliche Gestaltung der Digitalisierung ist auch für den öffentlichen Dienst auf Länder- und kommunaler Ebene notwendig.

Ohne ausreichende Basisinfrastruktur lässt sich Digitalisierung allerdings überhaupt nicht gestalten. Wo Breitbandinternet und stabiler Mobilfunk nicht verfügbar sind, konnten Beschäftigte von vornherein nicht aufs Homeoffice ausweichen, Schülerinnen keine digitalen Lernangebote – sofern überhaupt vorhanden – wahrnehmen, öffentliche Verwaltungen keine digitalen Bürgerservices anbieten. ver.di fordert daher höhere Investitionen in den Ausbau von Breitband und Mobilfunk. Allein für den Breitbandausbau müssten jedes Jahr vier Milliarden Euro investiert werden.

## **5. Europa und internationale Solidarität**

Ein Virus, das keine Grenzen kennt, muss international bekämpft werden. Die Regierungen Europas versagten aber zunächst beim grenzüberschreitenden Krisenmanagement. Brüssel konnte sich, wie schon in der großen Finanzmarktkrise und im Umgang mit Geflüchteten, nicht auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen. Die EU-Mitgliedsstaaten stimmten ihre Schutzmaßnahmen nicht miteinander ab. Statt internationale Solidarität zu üben, verboten die Nationalstaaten die Ausfuhr von medizinischen Gütern. Die Europäische Zentralbank musste wieder einmal den Retter in letzter Not spielen.

Im April einigten sich die EU-Finanzminister dann auf ein europäisches Hilfspaket im Umfang von 500 Milliarden Euro. Dadurch werden die Krisenstaaten finanziell entlastet, das ist zu begrüßen. Der im Mai von der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen vorgeschlagene europäische Wiederaufbaufonds ist zudem ein fiskalpolitischer Paradigmenwechsel: Wenn das Programm so kommt, würden in großem Umfang gemeinschaftliche europäische Anleihen emittiert – die ver.di seit langem fordert und wogegen sich Deutschland und auch die Kanzlerin bisher vehement gewehrt hatten. Von den insgesamt 750 Milliarden Euro des Pakets sollen zudem zwei Drittel als Zuschüsse, nicht als Kredite, an die betroffenen Mitgliedstaaten vergeben werden. Dadurch wird die Schuldenlast solidarisch verteilt, statt die nationalen Schuldenstände der – unverschuldet – besonders betroffenen Länder zu erhöhen. Das ist ein wichtiger Schritt zu einem solidarischen Europa.

Nun geht es darum, dass der Vorschlag der EU-Kommission auch umgesetzt wird. Wir werden diese politischen Initiativen für ein sozialeres Europa deshalb mit aller Kraft unterstützen und die Bundesregierung drängen, durch eigenes politisches Handeln Europa zu stärken.



Europa ist jetzt auch humanitär gefordert. Schon vor der Pandemie war die Lage in den Flüchtlingslagern an den europäischen Grenzen, wie etwa auf den griechischen Inseln und in zahlreichen Unterkünften in den Mitgliedsländern, unerträglich – auch in Deutschland. Die Zustände so zu belassen und die Menschen dort einzusperren, ist nicht nur aus humanitären Gründen nicht hinnehmbar. Die überfüllten Lager müssen deshalb schnellstmöglich evakuiert, die Geflüchteten dezentral verteilt und so untergebracht werden, dass die Bedingungen menschenwürdig sind und Maßnahmen gegen die Pandemie gut umgesetzt werden können. Es ist ermutigend, dass zahlreiche Kommunen in der Bundesrepublik Kapazitäten und Aufnahmebereitschaft signalisiert haben. Als ver.di setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung rasch dazu beiträgt, dass diese Bereitschaft auch in die Tat umgesetzt werden kann.

Die südliche Erdhalbkugel und große Teile Asiens sind besonders auf internationale Hilfe angewiesen. In Afrika, Lateinamerika und Südostasien droht eine humane Katastrophe. In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern funktioniert das Gesundheitssystem nur für die nationalen Eliten, breite Bevölkerungsschichten haben kein sauberes Wasser und die beengten Lebensverhältnisse in den Slums der Metropolen erlauben keine Kontaktsperre. Zudem trifft diese Länder der Kollaps der Weltwirtschaft mit voller Wucht. Ein teuflischer Cocktail für staatliche Repression, Aufstände und Bürgerkriege. Hier muss die internationale Gemeinschaft handeln und internationale Solidarität zeigen.

Wir brauchen jetzt mehr weltweite Kooperation und Koordination statt Konkurrenz und Konfrontation. „Die Heftigkeit des Virus verdeutlicht, wie unsinnig Kriege sind“ betonte UN-Generalsekretär Antonio Guterres bereits im März. Was schon vor der Krise richtig war, ist es jetzt umso mehr: Abrüsten statt aufrüsten! Allein von den 7,5 Milliarden Euro, die die deutsche Verteidigungsministerin für neue Atombomber ausgeben will, könnten 100.000 Intensivbetten, 30.000 Beatmungsgeräte, 60.000 Pflegekräfte und 25.000 Ärztinnen und Ärzte bezahlt werden. Das Ziel der NATO, die Rüstungsausgaben ihrer Mitglieder auf jeweils zwei Prozent des BIP zu steigern, gehört endgültig auf den Friedhof der Geschichte.

## **6. Verteilungsfragen – Wer soll das bezahlen?**

Bereits vor der Corona-Krise waren die Vermögen in Deutschland sehr ungleich verteilt. Das Nettovermögen beläuft sich hierzulande auf stolze zwölf Billionen Euro, davon sind sechs Billionen Geldvermögen. Das reichste ein Prozent besitzt ein Drittel davon, das reichste Zehntel etwa zwei Drittel. Die ungleiche Vermögensverteilung droht sich durch die Krise noch zu verschärfen: Die deutsche Schuldenquote – der Anteil der Staatsverschuldung am Sozialprodukt – wird durch die Krise nach aktuellen Schätzungen auf 75 bis 85 Prozent ansteigen. Wenn Schulden im



Nachgang der Krise durch staatliche Ausgabenkürzungen gesenkt werden sollten, dann geht das zulasten derjenigen, die ohnehin wenig haben.

Das gilt es zu verhindern. Die großen Vermögen müssen an der Finanzierung der Krisenfolgen beteiligt werden: Damit nach der Krise der Sozialstaat nicht schrumpft, sondern modernisiert und ausgebaut wird, muss die Verteilungsfrage gestellt werden. Die eklatante Vermögenskonzentration erfordert eine progressive Einkommens-, Erbschafts- und Eigentumsbesteuerung. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die großen Industrieländer ihre sehr hohe Verschuldung u.a. durch eine sehr hohe Besteuerung großer Einkommen und Vermögen abbauen. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde dadurch nicht beeinträchtigt. Im Gegenteil: In den 1950er, 1960er und 1970er Jahren lagen die Spitzensteuersätze bei Einkommen und Erbschaften zwischen 60 und 90 Prozent. Gleichzeitig erlebten die Industriestaaten eine wirtschaftliche Hochphase. Ein guter Startpunkt für eine umverteilende Steuerpolitik wäre die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Gleichzeitig brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte über umverteilende Steuerpolitik.

Es ist grundsätzlich falsch zu denken, Staatsschulden müssten umgehend abgetragen werden. Wir können im Gegenteil mit einer deutlich höheren Staatsverschuldung gut leben. Die deutsche Schuldenquote liegt deutlich unter der US-amerikanischen, britischen oder japanischen Staatsschuldenquote. Die höheren Schulden führen absehbar nicht zu einer Inflation, zu einer Kapitalflucht internationaler Investoren und sie schränken den staatlichen Handlungsspielraum nicht dramatisch ein.

In Deutschland sind fast alle Staatsschulden negativ verzinst, da die internationalen Investoren in unsicheren Zeiten für sichere Wertpapiere Schlange stehen. Folglich ist die staatliche Zinslast in den letzten Jahren deutlich gesunken. Anleger, die dem deutschen Staat 1000 Euro leihen, zahlen bei zehn Jahren Leihfrist jedes Jahr ein paar Euro drauf. Dieses Geld bekommt der Finanzminister geschenkt. Wenn die Leihfrist abläuft, wird der alte Kredit durch einen neuen Kredit ersetzt.

Während Ausgabenkürzungen verteilungspolitisch ungerecht sind und zudem der wirtschaftlichen Erholung schaden, fördern kreditfinanzierte Investitionen die wirtschaftliche Entwicklung. Solange die Wachstumsraten höher sind als der Zins, sinkt sogar die Schuldenquote. Folglich sollten künftige Investitionen kreditfinanziert werden. Wir brauchen eine grüne Null – Klimaneutralität – statt einer schwarzen Null. Allerdings müssen dafür die Schuldenbremsen aufgehoben oder zumindest im Sinne einer „Goldenen Regel“ verändert werden, durch die Verschuldung für Investitionen erlaubt würde. Und die europäischen Schuldenregeln müssten verändert werden: Mit der derzeitigen Begrenzung der zulässigen Staatsschuldenquote durch die Maastricht-Kriterien auf 60 Prozent lässt sich die Zukunft nicht gestalten. Zudem ist die Grenze ökonomisch nicht begründbar.



Wir werden daran arbeiten, gemeinsam mit Sozialverbänden, sozialen Bewegungen und progressiven Parteien gesellschaftliche Mehrheiten für einen sozial-ökologischen Umbau zu organisieren, der sich an den gesellschaftlichen Bedarfen statt Profitmaximierung orientiert, zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führt und zu dessen Finanzierung die großen Vermögen beitragen.